

trag der Jugend, ihr Engagement für den Frieden zu unterstützen und einen Friedenssonntag einzuführen, wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Die von den Jugendvertretern bei ihrer Frage nach der Glaubwürdigkeit der Kirche in den Mittelpunkt gestellten Probleme beschäftigen die Synodaltagung auch über den engeren Kontext des Schwerpunktthemas hinaus: Einmal mußte man sich nach den Auseinandersetzungen während der letzten Tagung in Garmisch (vgl. HK, März 1980, S. 109f) in Sachen *Missionsverständnis* wieder zusammenraufen. Man einigte sich dann auch auf ein vom Rat der EKD eingebrachtes Positionspapier „Zur Frage nach dem Missionsverständnis heute“, das den verschiedenen Strömungen gerecht zu werden versucht.

In der Frage der *Verantwortung der Kirche für den Frieden* wurde in Osnabrück kontrovers diskutiert, nachdem Bischof Lohse in seinem Bericht vor den Synodalen nochmals den Versuch unternommen hatte, die Entscheidung für oder gegen den Wehrdienst im Sinn der in letzter Zeit wieder intensiv herangezogenen Heidelberger Thesen von 1959 als gleichrangig zu bewerten. Er mußte in seinem Resümee der Tagung dann feststellen, es sei für die Kirche nicht einfach, eine *Friedensdenkschrift* zu formulieren.

Daß die jugendlichen Gäste der Synode mit deren Ergebnis nicht zufrieden

waren und ihre Enttäuschung über den Verlauf der durchaus offenen und mit gegenseitigem Verständnis geführten Beratungen und Gespräche auch deutlich äußerten, war wohl ein Stück weit unvermeidbar. Schließlich bot gerade diese Tagung der Synode ein gutes Beispiel für die beinahe unausweichlichen Verständnisschwierigkeiten zwischen einer Jugend, die möglichst eindeutige und kompromißlose kirchliche Stellungnahmen einfordert, und einer Volkskirche, die sich – sei es mehr aus Gründen, die in der Komplexität des jeweiligen Problems oder auch in ihrer Struktur liegen – um Kompromisse bemühen muß.

Ging es bei diesen Fragen aber primär um *Konflikte zwischen der Kirche und Jugendlichen*, die in den Gemeinden und Verbänden zumindest noch in Rand- oder Schwundformen mit ihr identifiziert sind, so wurde in Osnabrück dem eigentlichen Grundproblem eher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auf es hingewiesen hatte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend, Pfarrer *Erich Eltzner*, der in seinem Referat vor den Synodalen feststellte, daß achtzig Prozent der Jugendlichen nach der Konfirmation keine Verbindung zur Kirche mehr hätten und dies auch nicht als Mangel betrachteten. Hier muß wohl über die von der Synode vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus die wichtigste Herausforderung für die Kirche liegen. U. R.

bezug auf Kirche zur Zeit des Kongresses im Vorfeld des Papstbesuches durch andere Ereignisse besetzt. Man hatte offensichtlich auch einige Mühe, hinreichend *diskussionswillige und sachverständige Diskutanten* zusammenzubringen. Vor allem die Räte in den Diözesen scheinen der Einladung recht unterschiedlich gefolgt zu sein. Aus manchen Diözesen kamen vier bis fünf Delegierte, aus anderen Diözesen waren zwei oder gar nur ein Vertreter gekommen. Am dritten Kongreßtag, als das im Vorentwurf zu Kongreßbeginn vorgelegte „Manifest“ diskutiert und verabschiedet wurde, gab es ganze 80 Stimmberechtigte im Großen Saal der Godesberger Stadthalle.

Neben der Mobilisierung von genügend Teilnehmern gab es auch beträchtliche Schwierigkeiten, den *Zweck des Kongresses* durchzuhalten. Zwar wurde man dem erklärten Ziel, die aktuelle Situation von Ehe und Familie als übergreifenden Problemzusammenhang von Erziehung, Recht, Politik und christlichem Lebensverständnis darzustellen, wenigstens im Ansatz einigermaßen gerecht, aber schon der *Zwang, familienpolitische Forderungen mit Aussagen des christlichen Selbstverständnisses von Ehe und Familie zu verbinden*, fiel einigermaßen schwer. Auch war man sich offenbar über die gegenseitigen Intentionen nicht ganz im klaren. Als familienpolitischer Kongreß proklamiert, sollte er für den Veranstalter und einen Teil der Mitwirkenden vor allem Gelegenheit bieten, zwischen Bundestagswahl und Abgabe der Regierungserklärung die *Forderungen aus dem katholischen Bereich an Regierung und Gesetzgeber* zu richten und konkurrierenden Einschätzungen von Ehe und Familie vor allem politisch entgegenzutreten. Entsprechend politisch war auch der Vorentwurf des Manifestes. Aber manche Ergebnisse aus den Arbeiterkreisen – vor allem die aus dem Arbeitskreis 1 „Familie christlich gelebt“ – waren auf eine ausgeprägt zeugnishaft Diktion festgelegt, deren erbaulicher Stil zu den handfesten familienrechtlichen und familienpolitischen Forderungen in anderen Teilen des Textes nicht passen wollten. Seine Anhänger waren aber weder durch den

## ZdK: familienpolitische Gehversuche

Mit Äußerungen zu Familienfragen läßt sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) von niemanden übertreffen. Erklärungen und Stellungnahmen dazu folgen einander jährlich, um nicht zu sagen jahreszeitlich. Fast ein Dutzend wurden während der letzten zehn Jahre allein in dieser Zeitschrift dokumentiert oder registriert, und es waren mit Sicherheit nicht alle. Bereits 1974 (vgl. HK, März 1974, 156 ff.) wurde ein erster Familien- und familienpolitischer Kongreß für Delegierte aus Räten und Verbänden abgehalten, auf dem neben fami-

lienpolitischen Forderungen vor allem die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf das Selbstverständnis von Ehe und Familie debattiert wurden. Jetzt – vom 23. bis 25. Oktober – folgte ein zweiter „über aktuelle Fragen der Familie und der Familienpolitik“ mit fast gleicher Themenstellung.

War aber schon die Resonanz auf den ersten relativ schwach, so hatte dieser zweite nicht minder mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Nicht nur die Pressebank war äußerst spärlich besetzt. Die öffentliche Aufmerksamkeit war in

geistlichen Zuspruch des Leiters des Katholischen Büros, Prälat *Paul Bocklet*, noch durch die Verfechter eines rein familienpolitischen Konzepts, wie den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, *Josef Stingl*, vom Gegenteil zu überzeugen. So kam mit einem Abstimmungsergebnis von 40 zu 37 vor allem in den ersten Passagen des Manifestes ein gedanklicher Zwitter zustande, dessen „redaktionsgeschichtliche“ Unebenheiten selbst dem flüchtigsten Leser auffallen (vgl. den Wortlaut in ds. Heft, S. 617).

Was sich so oberflächlich als Verfahrensproblem darstellte, war in Wirklichkeit Ausdruck eines methodischen und eines sachlichen Dilemmas. Der Zielkonflikt, zur Familienpolitik und zum (christlichen) Selbstverständnis der Familie ohne gedanklichen Bruch gleichermaßen Gültiges auszusagen, konnte jedenfalls mit den Mitteln eines solchen Kongresses nicht gelöst werden. Daß man sich dennoch die Doppelaufgabe aufhalste, geistlich und zugleich aktuell politisch über die Familie zu sprechen, war um so bedauerlicher, als erkennbar gerade jene in die Erbaulichkeit flüchteten, denen man am ehesten die Absicht zutraute, vom einseitigen Lamentieren über gesellschaftliche Fehlentwicklungen und familienfeindliche Vorverständnisse aufklärerisch-emanzipatorischer Art im Vorfeld von Politik und Gesetzgebung einmal etwas wegzukommen; auch traute man dieser Richtung am ehesten zu, Glaubwürdigkeit in Sachen Ehe und Familie dadurch zurückzugewinnen, daß man nicht nur auf die auflösenden Kräfte von außen – vom Staat, von der „Gesellschaft“, von politischen Gruppierungen – verweist, sondern schlicht sagt, was Christen selbst unter Ehe und Familie verstehen, daß es sich dabei um etwas Menschennotwendiges handelt und vor allem daß Ehe und Familie auch unter den heutigen Umständen gelebt werden und sie ihre wenn auch teilweise veränderten Aufgaben durchaus erfüllen können.

Ungewollt scheint mit der Unmöglichkeit innerfamiliäre Intimsprache mit familienpolitischer Sachlichkeit zu verbinden ein vielfach noch unterschätztes Grundproblem sicht-

bar gemacht worden zu sein: *Der Zug zur Selbstisolierung der Familie im Privaten*, so daß es fast unmöglich wird, die eigene Selbsterfahrung in öffentliche Sprache zu übersetzen. Ein Stück weit wollte hier der Kongreß selbst gegensteuern: Der Ruf, die Familien müßten sich mehr nach außen öffnen, war nicht zu überhören.

Dies war freilich eine der wenigen wirklich ganz entschieden zukunftsgerichteten Perspektiven. Ansonsten litt der Kongreß trotz solide-sachlicher Diskussion im Plenum und in den Arbeitskreisen nicht nur an zu vielen Wiederholungen, um die sich kaum ein Adressat noch wird kümmern wollen, sondern auch am Weiter-schleppen unbewältigter Probleme aus den vergangenen Legislaturperioden. Das fing schon mit dem einleitenden Referat des neuen Capital-Chefredakteurs *Ludolf Herrmann* (Köln) – gewiß kein familientheoretischer Profi – an. Ihm hatte es so sehr das Stichwort von der ideologischen Besetzung der Begriffe angetan, daß er nicht nur gegen das längst wieder im Abschwung befindliche antiautoritäre Erziehungsideal wettete, sondern im wortreichen Bemühen um Entideologisierung sogar Begriffe wie „Rolle“ – ihre sozialwissenschaftlich-hermeneutische Vermittlung außer acht lassend – und selbst „Partnerschaft“ als emanzipatorisch verdorbene Idee ansah, die im Gegensatz stehe zum biblischen „Ein-Fleisch-Werden“.

Konsequent sprach Herrmann dann auch von einer „Ideologie der Partnerschaft“, die die Institution Familie mißdeute – wenigstens bis ein Diskussionssteilnehmer unter allgemeiner Zustimmung des Plenums ohne große sprachliche Raffinesse klarzumachen verstand, daß die Partnerschaftsehe wohl gerade das sei, was die Bibel mit dem Ein-Fleisch-Werden meine. Bei aller Fragwürdigkeit der Übertragung des Partnerschaftsbegriffs von der Ehe auf die Familie – ein Vorlagetext sprach von der „partnerschaftlichen Familie“ – ein weiterführendes Konzept gegen familienideologische Auflösungs-tendenzen war mit solcher Semantik nicht zu vermitteln.

Auch andere Sachaussagen Herrmanns

blieben durchwegs diskutabel, obwohl er dabei eher einem Grundzug des Kongresses entsprach. Gewiß hatte er recht, wenn er den „intellektuellen Standard des Hausfrauenberufs“ pries, dessen „Voraussetzungen dispositiver Fähigkeit und erforderlicher Managementkenntnisse“ hoch über dem Niveau dessen lägen, was in den meisten Berufen verlangt werde. Aber ist es beim gegenwärtigen Entwicklungsstand familialer Lebensbedingungen ratsam, ganz ungeprüft vom Hausfrauenberuf zu sprechen: ein Beruf ist eine arbeitszeitlich ausfüllende lebenslange Beschäftigung. Die Erziehungsaufgaben aber sind in der Kleinfamilie zeitlich – mit gleitender Verminderung begrenzt; der Haushalt ist weitgehend mechanisiert. Die daraus entstehende Leere treibt nicht nur viele Hausfrauen in eine außerfamiliäre Berufstätigkeit zurück, sondern schafft eine Menge neuer psychologischer Probleme im affektiven Bereich, von denen das Phänomen der Überforderung durch Überversorgung nicht das geringste ist. Herrmann hatte – als „Konservativer“ sich kirchenkritisch salvierend – an die Adresse der Kirche den Vorwurf parat, sie habe zu lange die Familienidylle verkündet, während sich die Lebensverhältnisse verändert hätten. So sei ihr die Familie entglitten. Der Chronist hatte den Eindruck, daß mit dem Stichwort „Hausfrauenberuf“ eine weitere und in bezug auf neues Entgleiten recht gefährliche Idylle transportiert wurde.

Die Pädagogin *Rita Süßmuth* (Dortmund) hat in dem darauf folgenden Referat „Was bleiben Staat und Gesellschaft der Familie schuldig?“ die innerfamilialen Verhältnisse im modernen Emanzipationskontext sehr viel präziser beschrieben als eine *Tendenz zur Überindividualisierung innerfamiliärer Beziehungen*, die begleitet werde vom rechtspolitischen Mißverständnis, durch Stärkung der individuellen Rechte der einzelnen Familienangehörigen werde auch die Familie gestärkt. Hier hätte das Zentralkomitee einen wichtigen, weil bisher zu sehr vernachlässigten Anknüpfungspunkt: die *Stärkung der Familie als selbständiger Rechtsfigur* gegenüber und durchaus in Spannung zu den

Individualrechten ihrer Mitglieder. Leider wurde dieser Gesichtspunkt in der Gesamtdiskussion entweder nicht aufgegriffen oder nur in arger Fixierung auf einzelne Gesetzesformen (Scheidungsrecht, Recht der elterlichen Sorge insbesondere in bezug auf den § 1626 BGB) diskutiert. So macht der Kongreß in seiner Mischung aus unbekümmerten sozialpolitischen Forderungen (von der Dynamisierung des Kindergeldes bis zum Elternurlaub) und rechtspolitischer Gesetzeskritik (Scheidungsrecht, Sorgerecht, § 218 StGB) mehr den Eindruck des Haftens an unbefriedigend Vergangenen als den eines entschiedenen Blickes nach vorne.

Einen doppelten verdienstvollen Beitrag leistete der Bonner Moraltheologe *Franz Böckle*.

Der erste richtete sich an den politischen Adressaten: Böckle ortete die Freien Demokraten als Hauptkontrahenten in Familienfragen. Böckles Feststellung, gerade die FDP minimalisierende Ehe und Familie, war freilich ein recht unterkühlter Briefwechsel zwischen *Friedrich Kronenberg* (ZdK) und *Günther Verheugen* (FDP) vorausgegangen, nachdem von FDP-Seite erklärt worden war, Ehe sei für Liberale keine grundsätzliche Voraussetzung für Familie. Angesichts des offenbar noch als Folge des Kulturkampfes andauernden Unverhältnisses zwischen dem organisierten Katholizismus und dem politischen deutschen

Liberalismus mußte aber wohl erst ein Schweizer deutsche Katholiken öffentlich darauf aufmerksam machen, daß sie vielfach ausschließlich die Sozialdemokraten für das schlagen, wofür in der Regel die Freien Demokraten Vorkämpfer – so auch beim § 218 StGB – sind.

Der zweite bezog sich auf Innerkirchliches. Einen Tag vor Abschluß der römischen Bischofssynode wagte Böckle auch ein deutliches Wort in Richtung Rom und Episkopat. Es wäre „unendlich schade“, so Böckle, „wenn der so notwendige Aufbruch in Familienfragen in nächster Zeit überschattet würde durch einen neuerlichen nutzlosen Streit über die Frage erlaubter oder unerlaubter Methoden (der Empfängnisregelung)“. In der Diskussion war die Rede von einer „seltsamen kirchlichen Sprachlosigkeit“ in Ehe- und Familienfragen, nicht nur von Eheleuten, sondern auch von Seelsorgern. Daß es nicht zuletzt wegen dieser und anderer Spannungen zwischen Doktrin und Erfahrung so ist, wußte jeder, auch wenn es niemand sagte.

So kamen trotz der vorherrschend konventionellen Argumentation einige Gesichtspunkte zutage, deretwegen sich der Kongreß lohnte. Sie beschränkten sich auch nicht auf die von Böckle gesetzten Akzente, sondern machten wenigstens spurenweise eine veränderte Bereitschaft sichtbar: die eigene Auffassung von Ehe und Fami-

lie nicht nur polemisch an der Position der Kontrahenten zu messen, sondern Notwendigkeit und Chancen von Ehe und Familie ohne falsche Furcht vor Verfallserscheinungen positiv darzustellen. Und ganz undifferenziert wurde auch die gängige katholische Kritik an einzelnen Gesetzesänderungen nicht mehr akzeptiert. Dies zeigte die durchaus anregende Kontroverse zwischen dem ZdK-Referenten *Lissek* und dem Familienrechtler und neuen Vorsitzenden des Familienbundes der deutschen Katholiken Prof. *Friedrich Simon* (Marburg) über den § 1626 Abs. 2 BGB, wo ersterer lauter Anlässe für Staatseingriffe sah, mit dem letzteren die Familie aber unter Hinweis auf ähnliche Bestimmungen im schweizerischen und österreichischen Familienrecht durchaus leben lassen wollte. Insgesamt aber blieb es wohl bei eher tastenden Gehversuchen, manchmal auch nur einzelner Teilnehmer. Interessanter würden solche Kongresse wohl erst, wenn das ZdK erstens den Spielraum, den es als Laienorganisation hat, zum Ausdiskutieren innerkirchlich kontroverser Themen stärker nutzen und wenn es zweitens mehr Versuche machen würde, abweichende Vorstellungen über Ehe und Familie, sei es in der Fachliteratur, sei es bei Parteien oder gesellschaftlichen Gruppen, in die eigene Organisation einbezöge bzw. für die eigene Urteilsbildung stärker das direkte Gespräch mit den Kontrahenten suchte. *D. S.*

## Entwicklungen

# Ist die Bundesrepublik fremdenfeindlich?

## Zu jüngsten Entwicklungen in der Ausländer- und Asylantenfrage

Die Anschläge von Lörrach und Hamburg gegen Asylanten wie auch die Fernsehspots der NPD zum Wahlkampf machen deutlich, daß es in der Bundesrepublik nicht nur eine latente, sondern eine offene Ausländerfeindlichkeit gibt, die wächst, auch wenn die NPD bei den Wahlen damit keinen Erfolg hatte. Der Rat der Gemeinden von Ka-

tholiken anderer Muttersprachen im Bistum Limburg zog in einer Stellungnahme sogar Parallelen zwischen dieser Ausländerfeindlichkeit und den Judenhaß im Dritten Reich. Wenn solche Vergleiche auch gewagt erscheinen, so meinte doch der Ausländerreferent im Bischöflichen Ordinariat Limburg, Pfarrer *Herbert Leuninger*, in einem